

Lehren aus dem Hamburger Aufstand für heute und morgen

Thesen der Zentralen Leitung der Kommunistischen Organisation im Oktober 2023

Im Oktober 1923 haben die Hamburger Arbeiter unter Führung der KPD einen bewaffneten Aufstand durchgeführt. Der Hamburger Aufstand fügt sich in eine Zeit der offenen Klassenkämpfe in Deutschland ein. Nach der Novemberrevolution 1918 und den Märzkämpfen 1921 stellt er eine zentrale Offensive der Arbeiterklasse gegen das Kapital für den Sozialismus dar. Die Erfahrungen und Lehren des Hamburger Aufstandes waren für die KPD – insbesondere für Ernst Thälmann – wegweisend. Neben zentralen Lehren zur Taktik der Partei, zum Charakter der Sozialdemokratie und des Kampfes gegen den Revisionismus, waren die Erkenntnisse aus dem Hamburger Aufstand auch wegweisend für die folgende [Bolschewisierung der KPD zur Partei Neuen Typs](#)¹ (Thälmann, 1925/1976, S.69ff.).

Zur hundertsten Jährung haben sich Genossinnen und Genossen der KO intensiv mit diesem historischen Ereignis beschäftigt. Im Fokus der Auseinandersetzung stand die historische Situation, die Rolle der Kommunistischen Bewegung, die Tage des Aufstandes und seine Konsequenzen in den auf ihn folgenden Monaten. Die Auseinandersetzung mit dem Hamburger Aufstand darf für Kommunisten nicht dem Zweck dienen, ihn als historisches Ereignis – als Jahrestag – zu feiern. Historischen Materialisten muss klar sein, dass sich die Geschichte gesetzmäßig entwickelt und der Hamburger Aufstand Ausdruck von Gesetzmäßigkeiten ist. Diese Gesetzmäßigkeiten sind aufzudecken, zu durchdringen und Lehren für die Arbeit der Kommunisten zu ziehen. In diesem Sinne ziehen wir aus der Beschäftigung mit dem Hamburger Aufstand Lehren für heute und morgen. Dafür ist die Analyse der Fehler der Kommunistischen Bewegung von zentraler Bedeutung, um eine Wiederholung dieser Fehler die Grundlage zu nehmen – um unseren Kampf für den Sozialismus auszubauen und zu spezifizieren.

Die unten aufgestellten Thesen sind das Ergebnis der Auseinandersetzung mit dem Hamburger Aufstand und den mit ihm zusammenhängenden theoretischen und praktischen Fragen der Kommunistischen Bewegung. Wir stellen sie zur Diskussion, um um Klarheit in der

¹ <https://kommunistische.org/stellungnahmen/thesen-zum-charakter-der-kommunistischen-partei-und-zum-selbstverstaendnis-der-kommunistischen-organisation/>

Kommunistischen Bewegung zu ringen; um die Frage der richtigen Vorbereitung auf die revolutionäre Situation zu klären und insbesondere die Notwendigkeit der Schaffung einer Kommunistischen Partei, die in ihren eigenen Reihen jegliche Illusionen in die Sozialdemokratie oder andere opportunistische Kräfte überwunden hat, deutlich zu machen.

1. Im Herbst 1923 herrschte in Deutschland eine revolutionäre Situation.

Als Marxisten gehen wir davon aus, dass es eine objektive Entwicklung der Welt gibt, dass sich also die Natur und Gesellschaft unabhängig von den individuellen Willen der Menschen entwickelt, obgleich deren Geschicke nicht schicksalhaft vorbestimmt sind. Eine revolutionäre Situation ist das Ergebnis einer objektiven Entwicklung. Sie ist also auch nicht vom Willen einzelner Menschen oder Klassen abhängig – sie wird nicht von einzelnen Akteuren (seien es Individuen, Gruppen, oder Parteien) herbeigeführt. Sie ist das Resultat des Klassenkampfes. Die revolutionäre Situation bestimmt Lenin anhand dreier Kennzeichen:

„1. Für die herrschenden Klassen ist es unmöglich, ihre Herrschaft unverändert aufrechtzuerhalten (...). Damit es zur Revolution kommt, genügt es in der Regel nicht, daß die „unteren Schichten“ in der alten Weise „nicht leben wollen“, es ist noch erforderlich, daß die „oberen Schichten“ in der alten Weise „nicht leben können“. 2. Die Not und das Elend der unterdrückten Klassen verschärfen sich über das gewöhnliche Maß hinaus. 3. Infolge der erwähnten Ursachen steigert sich erheblich die Aktivität der Massen (...). Ohne diese objektiven Veränderungen, die unabhängig sind vom Willen nicht nur einzelner Gruppen und Parteien, sondern auch einzelner Klassen, ist eine Revolution - in der Regel - unmöglich. Die Gesamtheit dieser objektiven Veränderungen wird denn auch revolutionäre Situation genannt“ (LW 21, S. 206f.)

Lenin macht außerdem deutlich, dass nicht aus jeder revolutionären Situation tatsächlich eine Revolution hervor geht, *„sondern nur aus einer solchen Situation, in der zu den (...) objektiven Veränderungen noch eine subjektive hinzukommt, nämlich die Fähigkeit der revolutionären Klasse zu revolutionären Massenaktionen, genügend stark, um die alte Regierung zu stürzen (oder zu erschüttern), die niemals, nicht einmal in einer Krisenepoche „zu Fall kommt“, wenn man sie nicht „zu Fall bringt““ (LW 21 S. 207).*

Die revolutionäre Situation ist also eine spezifische objektive Entwicklung, zu der für eine tatsächliche Revolution das bewusste Handeln der Revolutionäre hinzukommen muss. Eine revolutionäre Situation kann also nicht erzwungen werden und gleichzeitig führt eine revolutionäre Situation nicht automatisch zur Revolution. Das Verständnis der Verbindung von objektiven

Faktoren und dem subjektiven Faktor in der Revolution ist zentral, da ein falsches Verständnis der Verbindung zwischen der objektiven Entwicklung und des subjektiven Handelns der Revolutionäre, zu Links- und Rechtsopportunismus führt. Eine Unterbetonung des objektiven Faktors und eine Überbetonung des subjektiven Faktors, führt zu einem Verständnis, nach dem die revolutionäre Situation als ein mehr oder minder beliebiges Ziel der Aktivität der Kommunisten hergestellt werden könne. Seien die Revolutionäre nur stark genug und die eigene Aktivität weiter entfaltet, dann würde es schon zu einer Revolution kommen, für deren Gelingen dann nicht mehr getan werden müsse, als die eigene Politik fortzuführen. Eine Überbetonung des objektiven Faktors und eine Unterbetonung des subjektiven Faktors, auf der anderen Seite, führt zu einem Verständnis, nach dem sich die Revolutionäre kaum darauf vorzubereiten hätten, die Führung in einer revolutionären Situation zu übernehmen. Die Revolution würde schon kommen, die Massen würden plötzlich erleuchtet und der Aufbau des Sozialismus gehe wie von selbst. Beide Fehlverständnisse des Zusammenspiels des objektiven und subjektiven Faktors der Revolution führen dazu, in der revolutionären Situation nicht die führende Kraft der Arbeiterklasse zu werden und die offenen Klassenkämpfe nicht in die sozialistische Revolution führen zu können.

Eine zentrale Einsicht aus dem Zusammenwirken des objektiven und subjektiven Faktors ist der, dass eine revolutionäre Situation auch dann aufkommen kann, wenn der subjektive Faktor noch nicht vorbereitet ist. Auch wenn die Vorbereitung des subjektiven Faktors in einer objektiv revolutionären Situation nicht gegeben ist, müssen die Revolutionäre in ihr trotzdem handeln. Sie müssen ihre Politik an die veränderten Bedingungen anpassen und sie als Vorbereitung für die nächste revolutionäre Situation verstehen. Aus dieser Perspektive gilt es also auch den Hamburger Aufstand 1923 zu analysieren.

Die drei Kennzeichen der revolutionären Situation, in denen der subjektive Faktor zu handeln hat, waren in Deutschland im Oktober 1923 gegeben und werden im Folgenden als Grundlage für eine erfolgreiche Revolution näher erläutert. Auf den subjektiven Faktor – die Rolle der Kommunisten in der revolutionären Situation – gehen wir in den folgenden Thesen ein.

„Für die herrschenden Klassen ist es unmöglich, ihre Herrschaft unverändert aufrechtzuerhalten“

Das erste der drei Kennzeichen der revolutionären Situation bezieht sich auf die Lage der Herrschenden. Diese können ihre Herrschaft nicht unverändert aufrecht erhalten und die Bourgeoisie und die mit ihr verbundenen Schichten können nicht so weiterleben wie bisher. Dass dieses Kennzeichen der revolutionären Situation im Herbst 1923 gegeben war, wird am

Zusammenspiel verschiedener Entwicklungen deutlich. Erstens war die Zeit seit dem ersten Weltkrieg von ständigen Ministerwechseln und damit einer hohen politischen Instabilität geprägt, die sich auch im Sturz der Regierung Cuno durch die Arbeiterklasse im August 1923 zeigt. Die ständigen Ministerwechsel zeigen, dass die Herrschenden keine stabile klare Linie in der Politik herstellen konnten, die die Massen befriedete. Dies macht die zweite Entwicklung ebenfalls deutlich: Die faschistische Bewegung im Deutschen Reich wurde stetig größer und zunehmend zu einer relevanten politischen Größe. Ein immer größer werdender Teil der Bourgeoisie setzte auf den Faschismus zur Erhaltung und Durchsetzung der bürgerlichen Herrschaft. Das Anwachsen der faschistischen Bewegung zeigt, dass die Herrschenden einerseits gespalten waren, andererseits, dass sie ihre Macht nicht mehr wie zuvor bloß über die parlamentarische Republik aufrechterhalten konnten oder wollten. Drittens besetzte Frankreich zu Beginn des Jahres 1923 die noch unbesetzten Teile des Ruhrgebiets. Die Ruhrbesetzung durch französische und belgische Truppen bedeutete, dass ein Gebiet mit enormer ökonomischer Relevanz für die deutsche Bourgeoisie verloren war. Sie bedeutete einen Verlust von 80% der Eisen- und Stahlindustrie und 71% der Kohleförderung (Neuberg et al., 1971, S.67). Viertens zeigte die SPD sich in der Phase seit 1918 als Teil der Regierung, die die Lebenssituation der Arbeiter verschlechterte. Sie offenbarte sich zunehmend als arbeiterfeindliche Kraft – auch in den Augen sozialdemokratischer Arbeiter. Dies bedeutet, dass die Sozialdemokratie als Integrationswerkzeug der Herrschenden einen Teil ihrer Integrationskraft und damit ihrer befriedenden Wirkung verloren hatte. Fünftens war die Möglichkeit der deutschen Bourgeoisie, Teile der Arbeiterklasse zu bestechen und damit auf ihre Seite zu ziehen und zu befrieden, durch den nach dem ersten Weltkrieg geschlossenen Versailler Vertrag stark begrenzt. Die im Versailler Vertrag veranschlagten Gebietsverluste des deutschen Imperialismus und die Reparationszahlungen, die an die Siegermächte zu leisten waren, schränkten die Handlungsfähigkeit der Herrschenden entsprechend ein, was durch die Ruhrbesetzung noch verstärkt wurde. Schließlich verhängte Friedrich Ebert, der damalige Reichspräsident, am 26. September 1923 den militärischen Ausnahmezustand über ganz Deutschland, sodass die militärische Unterdrückungsgewalt der Herrschenden nun im Inland eingesetzt werden konnte. Spätestens diese Notverordnung zeigt die Bedrängnis, in die die Herrschenden geraten waren.

Diese ökonomischen und politischen Entwicklungen zeigen auf, wie sich die Bourgeoisie über die weitere Ausrichtung des damaligen deutschen Imperialismus spaltete, sowie die Bedrängnis, in die die deutsche Bourgeoisie geriet und die sich im Sommer/Herbst 1923 besonders zuspitzte. Mit der ökonomisch-politischen Bedrängnis der Bourgeoisie ging einher, dass sie „Ruhe und Ordnung“ auf dem Gebiet des Deutschen Reiches nicht herstellen und erhalten konnte.

„Die Not und das Elend der unterdrückten Klassen verschärfen sich über das gewöhnliche Maß hinaus“

Das zweite der drei Kennzeichen der revolutionären Situation bezieht sich auf die Lage der unterdrückten Klassen. Die Not der Arbeiterklasse und der mit ihr verbundenen Schichten steigt über das gewöhnliche Maß hinaus. Eine solche Not bezieht sich nicht einfach auf kurzzeitige Verschlechterungen der Lage der Arbeiterklasse oder punktuelle Repression. Sie bezieht sich viel mehr auf eine Unterdrückung im extremen Maß. Dass dies im Herbst 1923 der Fall war, wird besonders anhand der Hyperinflation, der hohen Arbeitslosigkeit und der extremen Repression durch den Staat deutlich. Die Inflation, die seit 1913 herrschte und vor allem nach dem ersten Weltkrieg zunahm, stieg im Laufe des Jahres 1923 rasant an. War im Januar 1923 eine Goldmark ca 4.300 Papiermark wert, waren es im August 1923 1.100.600 Mark. Diese Entwicklung nahm im Sommer und Herbst 1923 abermals rasant zu, so dass am 11. Oktober einer Goldmark bereits eine Milliarde Papiermark entsprachen. Bis Ende des Jahres 1923 steigerte sich die Inflation noch auf über eintausend Milliarden Papiermark für eine Goldmark (Dreetz et al., 1988, S.264). Die Arbeitslosigkeit stieg im Jahr 1923 zusammen mit der Inflation rasant an. Im Oktober 1923 betrug die Anzahl der Arbeitslosen und derjenigen in Kurzarbeit über 50%. Mehr als die Hälfte der Arbeiterklasse hatte also entweder überhaupt keine Arbeit, oder arbeitete nur wenige Stunden am Tag bzw. in der Woche (Neuberg et al., 1971, S.67). Die Arbeiter konnten mit ihrem Verdienst kaum überleben. Durch die Hyperinflation und die hohe Arbeitslosigkeit griffen Hungersnöte um sich und prägten den Alltag, wodurch es auch zu sogenannten Lebensmittelunruhen kam, bei denen Arbeiter die Nahrungsmittel eines ganzen Ladens beschlagnahmten und verteilten (ebd., S.69). Die Repression unter der die Massen zu leiden hatten, drückte sich stark im oben erwähnten militärischen Ausnahmezustand aus, nach dem das Militär besonders brutal gegen Streiks und Demonstrationen vorgehen konnte. Diese wird allerdings noch weiter durch das ebenfalls von Friedrich Ebert erlassene Ermächtigungsgesetz vom 13. Oktober deutlich, das eine massive Einschränkung der Grundrechte erlaubte.

„Infolge der erwähnten Ursachen steigert sich erheblich die Aktivität der Massen“

Verbunden mit dem zweiten Kennzeichen der revolutionären Situation war im Fall des Sommers und Herbsts 1923 in Deutschland auch das dritte Kennzeichen der revolutionären Situation gegeben. Die Massen waren nicht mehr bereit die kapitalistische Krise, die sich in Inflation, Arbeitslosigkeit,

Hunger und Repression ausdrückte, zu ertragen. Große Teile der Arbeiterklasse und der Volksschichten wehrten sich in Tageskämpfen gegen die Verelendung. Regionale und landesweite Streiks überzogen das Land und forderten Arbeiterkontrolle und Überführung des großen kapitalistischen Eigentums in staatliches oder sozialistisches Eigentum – eine Forderung, die die KPD seit 1921 aufstellte. Dabei spielten auch die erfolgreiche russische Revolution und die Gründung der Sowjetunion eine wichtige Rolle. Die Massen sahen, dass der Sozialismus möglich ist. Die Not um das tägliche Brot in Deutschland, ausgelöst durch die Hyperinflation und die mit ihr verbundene Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, führte dazu, dass Plünderungen und Straßenkämpfe in Städten zur alltäglichen Erscheinung wurden. Auch Frauen der Arbeiterklasse wurden in Scharen in die Kämpfe gezogen. Am Antifaschistentag zum Beispiel, zu dem die KPD für den 29. Juli 1923 zu Demonstrationen gegen Reaktion und Faschismus aufrief, beteiligten sich Hunderttausende. Die Massen der Arbeiterklasse und Volksschichten waren bereit zu kämpfen und ihre Aktivität hatte ein Maß angenommen, das über das „übliche“ hinaus ging und sich von Tag zu Tag steigerte. Diese Aktivität der Massen war dort, wo sie nicht von Kommunisten angeleitet wurde, rein spontan. Auf die zahlreichen Proteste und Streiks reagierte der Staat mit massiver Repression, die den Tod von zahlreichen Streikenden und Demonstrierenden beinhaltete.

Unter Betrachtung der drei Kennzeichen wird klar, dass die objektiven Ereignisse die Situation im Herbst 1923 bestimmten. Der Klassenkampf fand höchst offensiv statt. Es handelte sich um eine revolutionäre Situation, in der die Kommunisten planvoll zu handeln hatten, um die revolutionäre Situation als subjektiver Faktor in die erfolgreiche Revolution zu führen.

2. Der Hamburger Aufstand war als Auftakt der deutschlandweiten Revolution unter der Führung der KPD geplant.

Die KPD und die Komintern reagierten auf die objektive Dynamik des Klassenkampfes; auf die Bedrängnis der herrschenden Klasse, die Not der unterdrückten Klasse und die Aktivität der Massen. Auf der Geheimkonferenz der Komintern mit den Kommunistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs und der Tschechoslowakei in Moskau vom 21.-25. September 1923, sprachen sich die Teilnehmer für den proletarischen Aufstand, der in die Revolution in Deutschland führen sollte, aus. Der Zeitpunkt für die Revolution wurde auf dieser Konferenz noch nicht eindeutig bestimmt. Er sollte von der Dynamik des Klassenkampfes abhängig gemacht werden. Der folgende Monat sollte zur intensiven direkten Vorbereitung des bewaffneten Aufstands genutzt werden. Nachdem sich die Lage ab Anfang Oktober weiter zugespitzt hatte und die KPD in die Arbeiterregierung in Sachsen

eingetreten war, wurde sichtbar, dass die Bourgeoisie die Arbeiterregierungen mit voller Waffengewalt zerschlagen wollte. Auf der Betriebsrätekonferenz in Chemnitz sollte dann am 21. Oktober der Generalstreik der ganzen deutschen Arbeiterklasse beschlossen werden. Aus diesem Generalstreik wiederum sollte der bewaffnete Aufstand in ganz Deutschland hervorgehen. Damit bestimmte die KPD-Führung einen Moment unmittelbar vor der anstehenden Reichsexekution in Sachsen und Thüringen (die Truppen sind bereits in Bewegung und ein Verbot des Aufrufs zum Generalstreik ist erlassen), mit der die Reichsregierung die jeweiligen Landesregierungen militärisch absetzen wollte. Die bewaffneten Kämpfe unter Führung der KPD sollten insbesondere in Sachsen und Thüringen rasch aus dem Generalstreik hervorgehen, wo KPD-Gliederungen Waffen an kampfbereite Massen ausgeben sollten. In Hamburg sollte gleichzeitig bewaffnet losgeschlagen werden (Dreetz et al., 1988, S. 269f.)

Aus konspirativen Gründen hat es dazu nie einen formellen Beschluss der Exekutive der Komintern gegeben. Die Komintern und die Führung der KPD wussten zum Zeitpunkt des Beschlusses zur Revolution und deren Ablauf natürlich nicht, ob die Revolution siegen würde. Die Komintern und die KPD gingen allerdings davon aus, dass die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse und der Sieg möglich waren, also dass der Generalstreik in den Aufstand und in die Revolution übergehen und zum Aufbau des Sozialismus in Deutschland führen würde (Bayerlein et al., 2003, S. 151-178 (Dokument 21 und 22)).

Der Generalstreik sollte in den reichsweiten Aufstand überführt werden, zu dessen Beginn neben Sachsen und Thüringen der Aufstand in Hamburg geplant war, der zur Revolution führen sollte. Sinowjew schreibt dazu: „Der internationale Imperialismus wird die deutsche Revolution nicht als eine isolierte Episode, sondern als ein Ereignis bewerten, das das Schicksal ganz Europas bestimmen wird.“ (ebd., S.155). Der Plan der Komintern beinhaltete, dass die deutsche Revolution direkt Unterstützung durch die Sowjetunion erhalten sollte (ebd., S.212) und auch die französischen Kommunisten wurden darauf vorbereitet, alles zu tun, um einen Krieg Frankreichs gegen die Revolution im Nachbarland abzuwehren, deren erfolgreiche Durchführung auch der kommunistischen Bewegung in Frankreich selbst Aufschwung verliehen hätte (ebd. S.171). Um diesen Plan zu verfolgen, erfolgten im Oktober 1923 die Eintritte der KPD in die Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen, die im Kontext der Einheitsfronttaktik zu verstehen sind². Ziel dieser Regierungsbeteiligung durch die KPD war die Bewaffnung des Proletariats, um den

2 Zur Einheitsfront: Seit 1921 verfolgte die Kommunistische Internationale die Taktik der Einheitsfront. Die Taktik der Einheitsfront bestand im Aktionsverbund der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter bzw. Massen. Diese Taktik war kein Selbstzweck. Sie war die Taktik, um den Einfluss der Kommunisten in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu erhöhen. Die Einheitsfront war nicht darauf ausgelegt ein Organisationsbündnis zwischen KPD und SPD herzustellen (EKKI, 1921/1922). Die Einheitsfront ist bis heute ein zentraler Aspekt der kommunistischen Taktik. Allerdings ist mit ihr eine Vielzahl an revisionistischen Vorstellungen

Kampf um die Macht vorzubereiten, aber auch zur Verteidigung gegen die aufkommende Reaktion in Form der Notstandsgesetze und der wachsenden faschistischen Bewegung (ebd., S.184f.; 188; Brandler, 1924, S.24f.).

Das planvolle Vorgehen und die Diskussion in der Komintern zeigen, dass der Hamburger Aufstand kein isolierter Beschluss Hamburger Kommunisten, kein Beschluss einer kleinen Gruppe an Sektierern oder ähnliches war. Es war auch kein Beschluss, zu einem kleinen zeitlich begrenzten Aufstand. Der Hamburger Aufstand war Teil des Plans der gesamten Partei und sogar der Vertretung der Kommunisten weltweit zur sozialistischen Revolution in Deutschland.

3. Die Revolution konnte von den Herrschenden erstickt werden, weil die Parteiführung im entscheidenden Moment praktisch vom revolutionären Standpunkt abgerückt ist und die Partei als Ganzes die Arbeiterklasse nicht ausreichend auf die Revolution vorbereitet hat.

Am 20. Oktober 1923 erklärte die Reichsregierung die Regierung in Sachsen für abgesetzt, woraufhin die Reichswehr nach Sachsen und Thüringen marschierte. Die KPD bestätigte noch am selben Abend das Vorgehen zum Generalstreik und Aufstand (Habedank, 1958, S.28; Autorenkollektiv, 1966, S.427). Die KPD beschloss allerdings auch, dass die am nächsten Tag stattfindende Betriebsrätekonferenz in Chemnitz den Generalstreik ausrufen solle. Das Votum auf dieser Konferenz sollte ausschlaggebend darüber sein, ob der Generalstreik und damit verbunden der Aufstand und das Revolutionsvorhaben, stattfinden sollte. Diese Konferenz wurde zum zentralen Moment des Scheiterns der Revolution – denn die Betriebsrätekonferenz in Chemnitz am 21. Oktober 1923 entschied gegen den Generalstreik. Die Konferenz lehnte den Generalstreik ab, wodurch der Gesamtplan der KPD hinfällig wurde.

Wie kam es dazu, dass die Betriebsrätekonferenz nicht für den Generalstreik gestimmt hatte? Auf der Betriebsrätekonferenz brachte Heinrich Brandler – der damalige Vorsitzende der KPD – den Aufruf zum Generalstreik wie geplant ein. Er fügte allerdings hinzu, dass ein Generalstreikbeschluss nur dann Sinn habe, wenn er einstimmig getroffen würde (Habedank, 1958, S.82f.). Der auf der Konferenz anwesende sächsische Arbeitsminister Graupe (SPD) erhob dagegen, dass ein solcher Antrag nicht auf die Konferenz gehöre und drohte, sich von der Konferenz zu entfernen, wenn weiter über den Generalstreik beraten werden würde. Als Kompromiss, um den Konflikt zwischen KPD und SPD um den Antrag auf Generalstreik zu entschärfen, wurde eine Kommission beauftragt, die sich mit dem Generalstreik befassen sollte. Diese Kommission schlug vor, dass sie beauftragt verknüpft, die teilweise auch in die Anfangszeit der Komintern zurückreichen. Daher ist eine kritische Auseinandersetzung mit dem Verständnis der Einheitsfront in der kommunistischen Bewegung von Bedeutung.

werden sollte, mit den Gewerkschaftsführern und der Regierung über den Generalstreik zu verhandeln, und somit nicht auf der Konferenz selbst über den Generalstreik abgestimmt werden sollte. Die Konferenz stimmte dem Vorschlag der spontan einberufenen Kommission zu, womit der Generalstreik faktisch vom Tisch war (ebd. S.83). Und das, obwohl nach verschiedenen Einschätzungen die deutliche Mehrheit der Anwesenden auf der Konferenz Kommunisten waren, wie auch August Thalheimer bestätigt (Thalheimer, 1931, S.26). Wie genau allerdings die Stimmverhältnisse zum Vorschlag der Kommission und damit gegen den Generalstreik ausgefallen waren, ist nicht klar. Thälmann schreibt von einer knappen Mehrheit: Mit 1100 zu 1000 Stimmen sei der Antrag der Kommission angenommen worden (Thälmann, 1924/1976, S.38). Habedank dagegen schreibt von einer „übergroßen Mehrheit“, die den Antrag der Kommission annahm (Habedank, 1958, S.83).

In Hamburg wurde der Plan zum Aufstand ungeachtet des Ergebnisses der Betriebsrätekonferenz umgesetzt. Ob der Ausgang der Betriebsrätekonferenz vor Beginn des Aufstandes in Hamburg angekommen war, ist umstritten. Einige Quellen gehen davon aus, dass die Anweisung zum Abbruch des Aufstandes erst nach dessen Beginn in Hamburg ankam. So oder so handelten die Hamburger Kommunisten auf Basis der objektiven Entwicklung und der Tatsache, dass sich in Nord-Deutschland der Großteil der Arbeiterklasse für den Generalstreik ausgesprochen hatte.

Wie genau es dazu kam, dass die KPD die Entscheidung der Betriebsrätekonferenz zum Sargnagel der Revolution machte, ist nicht klar, denn die Entscheidung der Betriebsrätekonferenz hätte nicht darüber entscheiden müssen, ob die KPD mit ihren Plänen zur Revolution fortfährt. Sie hätte trotz der versagten Zustimmung mit dem Plan der Revolution fortfahren können. Habedank bezieht sich auf mündliche Berichte dazu, nach denen Brandler den Rest der KPD Führung nach der Konferenz in Kenntnis setzte, dass der Aufstand abgesagt sei (ebd., S.83). Die *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* schreibt, dass die Konferenz die ganze Zentrale der KPD veranlasste, den Beschluss zum bewaffneten Aufstand aufzuheben (Autorenkollektiv, 1966, Bd.4, S.429) und Thälmann schreibt von der Revision des Beschlusses der Zentrale aufgrund des Berichts von Brandler (Thälmann, 1924/1976, S.42). Auch wenn die Entscheidung der KPD Führung zum Absagen des bewaffneten Aufstandes in Deutschland nicht vollständig nachvollziehbar ist, ist klar: Sie entschied gegen den Aufstand, obwohl sich die objektiven Bedingungen der revolutionären Situation nicht verändert hatten, die Arbeiterklasse in vielen Gebieten unabhängig von der Betriebsrätekonferenz streikte, und die Arbeiterklasse und die KPD als ihre Führung durch den Einmarsch der Reichsexekutive noch stärker zur bewaffneten Verteidigung gezwungen waren.

Damit hatte die Parteiführung das Bündnis mit den sogenannten „Linken Sozialdemokraten“ höher gewichtet als die Verteidigung des Proletariats und das Wahrnehmen ihrer Aufgabe als Avantgarde in der revolutionären Situation. Die KPD-Führung hatte mutmaßlich darauf gehofft, dass die „Linken Sozialdemokraten“ mit der KPD zusammen den Generalstreik ausrufen würden. Damit machte sich die KPD praktisch abhängig von der Zustimmung eines Teils der führenden Sozialdemokratie. Da die Sozialdemokratie allerdings – damals wie heute – kein revolutionäres Programm verfolgt, sondern nur den Kapitalismus etwas „humaner“ machen will, war das eine fatale Illusion, wie sich am Beispiel des Hamburger Aufstandes besonders bitter zeigt.

Bereits zuvor hatte die Führung der Komintern darauf hingewiesen, dass das Hauptproblem in der Vorbereitung der Revolution in Deutschland die Haltung der Parteiführung der KPD war (Bayerlein et al., 2003, S.216). Sie schickte eine Komintern-Delegation nach Deutschland, die vor allem diesen Punkt im Auge behalten sollte: Statt einen Rückzieher zu machen, sollte darauf geachtet werden, dass die KPD angemessen auf die Situation reagiert.

Während Brandler und Thalheimer (die Parteileitung 1923) entscheidender Anteil bei der Zurückdrängung revolutionärer Ungeduld in den Massen und linkssektiererischen Positionen in der Partei der ersten Jahre nach ihrer Gründung zukommt (sie waren maßgeblich für der Ausarbeitung der Einheitsfronttaktik und einer revolutionären Gewerkschaftsorientierung der KPD verantwortlich, wodurch sich Massen der USPD und revolutionären Betriebsräten der kommunistischen Weltbewegung unter Lenin anschlossen und die KPD wiederum zu einer wirkmächtigen Kampfpartei mit Masseneinfluss wurde), offenbarten sie in der Zuspitzung des Kampfes 1923 ihre opportunistische Tendenzen und ein falsches Herangehen an sogenannte „Linke Sozialdemokraten“. Bereits in den Auseinandersetzungen innerhalb der KPD in den Jahren zuvor zeigte sich, dass Brandler und Thalheimer revolutionär im Wort und reformistisch in der Tat waren. Sie gaukelten Unterstützung für den bewaffneten Kampf vor, handelten aber praktisch gegen ihn. Diesen versteckten Opportunismus hat die Gesamtpartei nicht ausreichend durchschaut.

Da die KPD Führung diesen Rückzieher machte, verriet sie die Interessen der Arbeiterklasse und lieferte sie im entscheidenden Moment dem Gegner aus. Die Arbeiterklasse und auch die Mitglieder der KPD wurden durch dieses Vorgehen im entscheidenden Moment maßgeblich desorientiert. Es kam zwar trotzdem neben dem Aufstand in Hamburg zu vereinzelten Streiks im ganzen deutschen Reich. Aber Sachsen und Thüringen wurden fast kampfflos an die Reichsexekution übergeben. Dabei kam es zu vereinzelten Kämpfen und Toten auf Seiten der Arbeiterklasse. Dies ist der fatale Fehler der Führung der KPD, durch den die Möglichkeit einer erfolgreichen Revolution nicht genutzt wurde und unter dem die Partei und die Arbeiterklasse durch die folgende Repression gelitten haben.

Dennoch ist die Verantwortung für diesen Fehler nicht nur in der Parteiführung zu suchen. Thälmann macht deutlich, dass die Partei den Revisionismus der Führung früher hätte erkennen müssen (Thälmann, 1925/1976, S.70f.). Außerdem war die Vorbereitung der Arbeiterklasse durch die KPD auf den Aufstand und die Revolution mangelhaft. Dazu gehörte, dass die Verbindungen in die Betriebe nicht ausreichend aufgebaut und vor allem nicht ausreichend Räte-Strukturen geschaffen wurden. Die Teilkämpfe wurden nicht in ausreichendem Maße gesteigert und mit einer Perspektive auf den Sturz der Bourgeoisie verbunden. Zusätzlich fehlten Waffen, die die Arbeiterregierung nicht besorgt hatte, obwohl dies der maßgebliche Grund für den Regierungseintritt war (EKKI, 1924).

Insgesamt wäre die KPD trotz der mangelnden Vorbereitung in der Lage gewesen, die unzähligen Einzelkämpfe zu vereinen und eine klare Stoßrichtung zu geben. Der entscheidende Grund für das nicht-Fortführen des Aufstandes war die Abkehr der Parteiführung von der revolutionären Linie durch deren Illusion in die Sozialdemokratie.

4. Der Hamburger Aufstand war trotz dessen ein erfolgreiches Beispiel, wie die KP in einer revolutionären Situation die Arbeiterklasse in den entscheidenden Kampf führen kann.

Trotz der Tatsache, dass der Hamburger Aufstand in Folge des Opportunismus der KPD Führung isoliert blieb, war er bei genauer Betrachtung eine wichtige Lehre für Kommunisten und die Arbeiterklasse, wie Thälmann hinsichtlich der Rolle der Kommunisten im Hamburger Aufstand beschreibt:

„Die größte, wertvollste Lehre des Hamburger Aufstandes ist die großartige Erfüllung der Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution. Die Kommunisten waren nicht in Worten, sondern in der Tat der Vortrupp, die Führung, der Wegweiser der Arbeiterklasse. Sie gaben der Bewegung ein klar umrissenes Ziel, ein genau formuliertes Programm: die Diktatur des Proletariats.“ (Thälmann, 1925/1976, S.69).

Der Kampf der Massen wurde in Hamburg um ein klares Ziel geführt und ermöglichte eine große Einheit im Vorgehen: Erstens war es in der unmittelbaren Durchführung des Hamburger Aufstandes möglich, mit minimalen Mitteln einen geplanten Streich gegen die Polizei durchzuführen. Es war möglich, sich organisiert gegen die vermeintliche Übermacht der staatlichen Repressionsorgane zu wehren. Zweitens war es möglich, viele Arbeiter zu mobilisieren, die sich an den Kämpfen beteiligten und die Kämpfer zum Beispiel durch den Barrikadenbau oder die Versorgung mit Nahrungsmitteln, unterstützten. Drittens war es möglich, einen geordneten Rückzug durchzuführen,

bei dem kaum Kämpfer getötet wurden, als klar war, dass der Hamburger Aufstand isoliert bleiben würde.

Aber auch vor der unmittelbaren Durchführung des Hamburger Aufstandes bewies die KPD (zumindest die KPD Wasserkante – Bezirk Nordseeküste), dass sie in der Lage war, die Führung der spontanen Bewegungen der Massen zu übernehmen. Zeitgleich zur Chemnitzer Betriebsrätekonferenz fand in Hamburg am 21. Oktober 1923 eine Werftarbeiterkonferenz statt. Die Arbeiter waren dort bereit, den Generalstreik (für die Wasserkante) mit sofortiger Wirkung auszurufen. Die Hamburger KPD Funktionäre – unter ihnen Ernst Thälmann – schafften es, die Arbeiter von spontanen Teilkämpfen abzubringen, um den bis dato noch bestehenden Plan der KPD, den Generalstreik auf der Betriebsrätekonferenz in Chemnitz auszurufen um dann in ganz Deutschland planvoll vorgehen zu können, aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig schaffte es die Hamburger KPD, klare Stellung gegen Gewerkschaftsfunktionäre zu beziehen, die jede Aktivität der Massen zu verhindern versuchten (Dreetz et al., 1988, S.275). Von der Werftarbeiterkonferenz in Hamburg ging schließlich die klare Position hervor, dass man bereit war, den Kampf um die Macht zu führen, sobald die Reichswehr in Sachsen einmarschierte (ebd.). Die Verbindung von Generalstreik und bewaffnetem Aufstand klappte in Hamburg. Am 22. Oktober gab es einen Generalstreik der den gesamten Hafen lahmlegte. Am nächsten Tag führte die KPD den Aufstand durch (Habedank, 1958, S. 88f.).

Diese erfolgreiche Führung der Partei im Aufstand hat noch lange Früchte getragen. So konnte die KPD ihren Einfluss in der Arbeiterklasse in Hamburg erheblich erhöhen. Sie wurden respektiert, weil sie Widerstand geleistet hatte und sich zurückgezogen hat, als die Niederlage absehbar war. Die Kommunisten in Hamburg erlangten trotz des Scheiterns des Aufstands im Jahr 1924 eine Erhöhung der Stimmen bei der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft von 11% im Jahr 1921 auf 14,7%. Die Arbeiterklasse zeigte damit, dass sie die Entscheidung der KPD, den Aufstand durchzuführen als richtig einschätzte. Der Rückhalt der Hamburger Arbeiter gegenüber der KPD wird am Umgang mit der Gedenkfeier für die Verstorbenen Arbeiter beim Hamburger Aufstand am 09. November 1923 auf dem Ohlsdorfer Friedhof besonders deutlich. Schon vor der Illegalisierung der KPD am 23. November 1923, hatte die Hamburger Bürgerschaft die Immunität der KPD Abgeordneten am 07. November 1923 aufgehoben. In dieser angespannten Situation gab es ein hohes Aufgebot an Polizei auf dem Ohlsdorfer Friedhof, als der reichsweit gesuchte Ernst Thälmann auftauchte (Möller, 2023, S.13). Die Anwesenden schützten Thälmann an diesem Tag, sodass er nicht verhaftet wurde. Möller zitiert Fiete Dettmann, den späteren Hamburger Gesundheitssenator, so: *„[Thälmann] sah die vergeblichen Versuche der Polizei an ihn heranzukommen. Jeder dieser Bullen wurde von Genossen*

umringt. So isoliert verhielten sie sich sehr still und entblößten ohne Nachhilfe ihre Häupter zu Ehren der von 1918 bis 1923 gefallenen Revolutionsoffer. Nach der Rede Ernst Thälmanns ehrten die Genossen im stillen Gedenken die gefallenen proletarischen Kämpfer. Es gab keine Verhafteten an diesem Tag“ (ebd.).

Der Hamburger Aufstand lehrt, wie Thälmann es 1925 ausdrückte, dass die KP bewiesen hat (wenn auch nur lokal begrenzt), dass es möglich ist, dass die Partei in den Kämpfen vorausgehen und führen kann, dass sie der treibende Faktor der Revolution ist, wenn sie geschlossen und einig von einer richtigen Strategie sich leiten lässt und die Massen ihr folgen werden, wenn sie es versteht die Tageskämpfe mit dem Ziel der Revolution zu verbinden (Thälmann, 1925/1976, S.67ff.). Den Weg, den die Revolutionäre und die Kommunisten in den schwierigen Jahren 1914 bis 1923 gehen mussten, formte eine KPD, die es verstand, sich zurückzuziehen wenn es Not tat und voranzugehen wenn die Situation es ermöglichte. Dabei entwickelte sie die Taktik der Einheitsfront, in der sie sich einerseits nicht durch revolutionäre Ungeduld von dem Bewusstsein der breiten Massen der Arbeiterklasse trennte und es andererseits verstand, die richtigen Losungen und Forderungen aufzustellen, so dass in den Widersprüchen des Klassenkampfes, die nach links sich formierenden Stimmungen der Massen sich mit den Erkenntnissen der kommunistischen Weltbewegung vereinten. Damit hat der Hamburger Aufstand gezeigt, dass die führende Rolle der Kommunisten keine Hirngespinnste oder Großmachtphantasien sind. Es ist eine praktisch umzusetzende Aufgabe.

5. Erste Voraussetzung für eine erfolgreiche Revolution ist die Existenz einer ideologisch klaren und einheitlich handelnden Partei. Die Hauptaufgabe dieser Partei ist es, die Arbeiterklasse und andere Schichten im und durch den alltäglichen Kampf auf die Revolution vorzubereiten.

Die Ereignisse rund um den Hamburger Aufstand lassen deutlich erkennen, dass es der Fehler der Partei war, der das Scheitern bestimmte. Denn die erfolgreiche Revolution ist dadurch gekennzeichnet, dass die Partei in einer revolutionären Situation die Führung übernimmt und die Arbeiterklasse zur Diktatur des Proletariats führt. Sie erkennt also die objektiv revolutionäre Situation und handelt in ihr als Avantgarde. Im Herbst 1923 lag eindeutig eine revolutionäre Situation vor, wie wir zur These 1 ausgeführt haben. In These 3 haben wir gezeigt, dass es gerade das falsche Handeln der Parteiführung war, das zum Scheitern des revolutionären Planes (These 2) führte und die Partei als Ganze nicht reif genug war, um diesen Fehler rechtzeitig zu erkennen und zu korrigieren.

Um eben diese Fehler als Partei nicht zu begehen, ist ideologische Klarheit und Einheit herzustellen durch Bildung, Meinungsstreit, gemeinsame Aktion und Intervention in den Klassenkämpfen. Das ist die Voraussetzung, um eine einheitliche, disziplinierte Kampforganisation zu schaffen, die in der Lage ist, entsprechend der objektiven Bedingungen zu handeln und sich zu organisieren – die Grundlage für die praktische Fähigkeit zur Führung der Massen durch die Kommunistischen Partei.

In der Praxis ist es eine zentrale Aufgabe, die Kämpfe der Arbeiterklasse und der weiteren Werktätigen zu vereinen und Illusionen in den Kapitalismus, wie sie von der Sozialdemokratie geschürt werden, zu bekämpfen. Voraussetzung dafür ist, dass die Partei selbst keinen solchen Illusionen aufsitzt und das Ziel der Diktatur des Proletariats immer klar vor Augen hat. Es geht darum, Menschen vom Sozialismus; von einer Gesellschaft, in der nach den Bedürfnissen der Menschen statt nach dem Profit des Kapitals produziert wird, zu überzeugen.

Dass der Aufbau der kommunistischen Partei der erste Schritt zu einer siegreichen Revolution ist, macht auch Lenin auf dem 3. Weltkongress der KI deutlich: *„Wenn man sagt, daß wir in Rußland siegten, obwohl wir nur eine kleine Partei hatten, dann beweist das nur, daß man die russische Revolution nicht begriffen hat und absolut nicht begreift, wie man eine Revolution vorbereiten muß. Unser erster Schritt war, eine wirkliche kommunistische Partei zu schaffen, um zu wissen, mit wem wir sprechen und zu wem wir volles Vertrauen haben können. (...) Wenn wir mit den Zentristen und halben Zentristen, die wir in Rußland Menschewiki nennen, nicht auf der ganzen Linie und in der ganzen Welt fertig werden, dann verstehen wir nicht einmal das Abc des Kommunismus. Unsere erste Aufgabe ist die Bildung einer wahrhaft revolutionären Partei und der Bruch mit den Menschewiki. Das ist indes erst die Vorbereitungsschule.“* (Protokoll des 3. Weltkongress der KI, S. 515)

Wie hier deutlich wird, ist der Bruch mit dem Opportunismus im Aufbau der Kommunistischen Partei von zentraler Bedeutung. Gerade in den Lehren des Hamburger Aufstands zeigt sich die Bedeutung des Kampfes gegen den Opportunismus.

Die kommunistische Weltbewegung ist heute in einer schweren Krise. Ursache der Konterrevolution ist der Einfluss des Rechts-Opportunismus. Damit verbunden ist die Unterschätzung des „Linken Sozialdemokratismus“ und der falschen Strategie der Übergangsszenarien, wie in Deutschland die Strategie „anti-monopolistischer Übergänge“, „anti-monopolistischer Regierungen“ und andere Formen von Bündnissen mit Sozialdemokraten um „fortschrittliche“ Etappen. Solchen Illusionen liegt auch ein falsches Verständnis der Einheitsfront zugrunde: Während für Lenin und Thälmann immer klar war, dass nur eine Einheitsfront von unten Erfolg haben kann, herrscht heute eine Vorstellung von der Einheitsfront vor, die die Führungen sozialdemokratischer Parteien beinhaltet

und beim vermeintlichen Kampf gegen den Faschismus sogar offen bürgerliche Parteien. Dazu gehören auch Illusionen in die Rolle Russlands im Ukraine Krieg, den Charakter der BRICS-Staaten und die Bestimmung Chinas als sozialistisch. All diese Positionen sind Illusionen in den Kapitalismus und leugnen die Gefahr, die vom rechten Opportunismus ausgeht. Sie machen die kommunistische Bewegung zu einem Anhängsel des bürgerlichen Parlamentarismus. Der Hamburger Aufstand lehrt grade, wie die Unterschätzung der Funktion der Sozialdemokratie, des Opportunismus und Revisionismus, die Kommunisten und Arbeiter vom revolutionären Weg abzulenken, zu Verrat und Scheitern der Revolution führt. Auf der anderen Seite stehen linksradikale Positionen, welche die Bedeutung der Gewinnung der unter dem schädlichen Einfluss des Sozialdemokratismus stehenden großen Teile der Arbeiterklasse und der Volksschichten unterschätzt. Aufgabe einer kommunistischen Partei, die diesen Namen verdient, ist der unermüdliche Kampf, um das Ringen um Einfluss auf das Bewusstsein eben dieser breiten Schichten der Arbeiterklasse. Dies kann nicht abgekürzt werden durch linksradikale Parolen, Austritt aus den Gewerkschaften oder Errichten besonderer von diesen getrennte Organisationen, denn auch innerhalb der Organisationen der Arbeiterklasse müssen die Kommunisten ihre Standfestigkeit bewirken und beweisen.

Wir ziehen aus dem Hamburger Aufstand nicht vor allem militärische Lehren über die Vorbereitung und Organisation des Aufstands. Es gilt auch sie zu erfassen, aber keinesfalls dürfen sie das Übergewicht über die politischen Lehren über die Gefahren von Opportunismus und Revisionismus und über die Bedeutung der Verbindung mit den und Führung der Massen bekommen. Es ist ein linksradikaler Fehler, wenn man aus dem Hamburger Aufstand heute die wesentliche Konsequenz zieht, dass die Partei sich militärisch besser vorbereiten müsse. Notwendig führt das zu einer Vernachlässigung des Kampfes gegen den Opportunismus und Revisionismus und zu einer Vernachlässigung der schwierigen Aufgabe des Aufbaus der Verbindungen in die Arbeiterklasse. Wer als Kommunist seine Energie heute vor allem darauf verwendet, einen möglichst konspirativen militärischen Apparat aufzubauen, der erkennt die Bedeutung der Taktik im Parteaufbau und in der Massenarbeit nicht, sondern sieht nur das strategische Ziel. Er wird den heutigen Notwendigkeiten des Kampfs der Kommunisten nicht gerecht.

„Die zweite Stufe, nachdem wir uns in der Partei zusammengeschlossen haben, wird darin bestehen, daß wir lernen, wie man die Revolution vorbereitet. In vielen Ländern haben wir noch nicht einmal gelernt, wie man die Führung erobert. Wir haben in Rußland nicht nur deshalb gesiegt, weil wir die unbestrittene Mehrheit der Arbeiterklasse auf unserer Seite hatten (...), sondern auch deshalb, weil unmittelbar nach der Eroberung der Macht die Hälfte der Armee und binnen wenigen Wochen neun Zehntel der Bauernmasse auf unsere Seite übergingen. (...) Ich bestreite nicht unbedingt, daß die

Revolution auch mit einer ziemlich kleinen Partei begonnen und zum siegreichen Ende geführt werden kann. Man muß aber wissen, mit welchen Methoden man die Massen für sich zu gewinnen hat. Dazu muß man die Revolution gründlich vorbereiten.“ (Protokoll des 3. Weltkongress der KI, S. 515f.)

Der Hamburger Aufstand zeigt, dass die Kommunisten sich richtig auf eine revolutionäre Situation vorbereiten müssen. Das Entstehen einer revolutionären Situation ist vom Handeln der Kommunisten unabhängig. Sie entsteht objektiv, was beizeiten sprunghaft und dynamisch geschehen kann. Vor einer solchen objektiven Entwicklung ist es die Aufgabe der Kommunistischen Partei sich auf diese vorzubereiten, also den subjektiven Faktor herzustellen. Dazu muss sie sich schulen, Kader heranbilden, sich bis zu einem Grad mit den Massen verschmelzen und die Fähigkeit entwickeln, in der Situation des beginnenden Kampfes den Kampf um die Macht zu führen. Hierzu bedarf es das Lernen des Organisierens, der richtigen Einschätzung der jeweiligen Situation des Klassenkampfes und ein unbeirrbares Festhalten an einer Strategie der Machtergreifung, der sozialistischen Revolution und des Aufbaus einer kommunistischen Planwirtschaft. Die Kommunistische Partei in Deutschland aufzubauen, hat sich die Kommunistische Organisation zur Aufgabe gemacht. Wie wir diese Aufgabe planvoll angehen, ist in [unserem Selbstverständnis](#)³ und dem [Beschluss zur Arbeit in den Massen](#)⁴ dargelegt.

Schluss

Die KO ist eine revolutionäre Organisation. Sie bestätigt die Notwendigkeit der Revolution, um Ausbeutung und Unterdrückung überwinden zu können – eine revolutionäre Situation ist die Voraussetzung für eine solche Revolution. Es geht hier in Deutschland also um den Kampf um den Sozialismus, um eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung; eine Gesellschaft, in der sich die Produktion tatsächlich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, niemand um seine Existenz bangen muss und die Werktätigen aktiv auf die Geschicke der Gesellschaft Einfluss nehmen können. Die Beschäftigung mit dem Hamburger Aufstand bietet Kommunisten mehr Klarheit über den Weg dorthin.

Wie oben deutlich gemacht, ergibt sich die revolutionäre Situation objektiv. Auch wenn die aktuelle Lage in Deutschland von einer revolutionären Situation weit entfernt zu sein scheint, kann diese schneller kommen als manche vermuten würden. Eine Kommunistische Partei, die diesen Namen

3 <https://kommunistische.org/stellungnahmen/thesen-zum-charakter-der-kommunistischen-partei-und-zum-selbstverstaendnis-der-kommunistischen-organisation/>

4 https://kommunistische.org/wp-content/uploads/2019/08/KO-2VV-Beschluss-Arbeit-in-den-Massen_public.pdf

verdient, muss ideologisch klar sein und sich auf alle Kampfformen vorbereiten, alle Kampfformen beherrschen und sich eben dadurch auf die nächste revolutionäre Situation vorbereiten. Sie muss sich vom Ziel des Sozialismus leiten lassen. Dafür braucht sie einen konkreten Begriff davon, was Sozialismus in Deutschland bedeuten muss.

Die Kommunistische Partei mit all ihren bolschewistischen Qualitäten versetzt die Kommunisten in die Lage, in den Kämpfen der Arbeiterklasse zu wirken und in ihnen die Führung zu übernehmen. Die KO hat sich aus dem Mangel einer Kommunistischen Partei in Deutschland zur Aufgabe gemacht, diese aufzubauen. Zum planmäßigen Parteaufbau gehört untrennbar die Schulung von Kadern, die Bildung aller Teile der Organisation und der Aufbau von Organisationsstrukturen, die den demokratischen Zentralismus fördern. Die Lehren des Hamburger Aufstandes unterstreichen die Notwendigkeit des Klärungsprozesses, den die KO mit dem Ziel vorantreibt, Revisionismus in der kommunistischen Bewegung zu begegnen und jedem einzelnen deutlich zu machen, wie Revisionismus und Opportunismus funktionieren. Außerdem muss allen klar sein, dass der Kampf gegen Revisionismus und Opportunismus stetig geführt werden muss und nicht aufhört. Zentral für den Aufbau der Kommunistischen Partei und für den Kampf gegen den Revisionismus ist die Strategie der Kommunisten. Die Strategie ist notwendig, damit alle Klarheit darüber haben, wie der Weg zur Diktatur des Proletariats aussieht und die Strategie letztlich den praktischen Sturz der Bourgeoisie beinhaltet. Darum widmet sich die KO in den nächsten Jahren der Entwicklung der revolutionären Strategie, die die die revolutionären Notwendigkeiten im heutigen Deutschland genauer erfasst.

Die objektiven Bedingungen führen dahin, dass die Massen ihren Kampf steigern werden, ob die Kommunisten aktiv daran mitwirken oder nicht. Entsprechend stellen sich drei Fragen: Was sind die Voraussetzungen, um in diesem oder jenem konkreten Kampf die Führung zu übernehmen? Schaffen es die Kommunisten die Führung zu übernehmen? Schafft man es, die Arbeiterklasse auf den Kampf um die Macht ausreichend vorzubereiten? Im Prozess des Parteaufbaus orientiert die KO ihre Massenarbeit in der aktuellen Phase auf die Kaderschulung in der Massenarbeit, gemäß unseres Beschlusses zur Arbeit in den Massen, um perspektivisch eine Massenarbeit zur breiten Einflussnahme in der Arbeiterklasse zu entwickeln.

Die Fähigkeit, in einer revolutionären Situation richtig zu handeln, ergibt sich aus der gesamten vorherigen Phase – wenn es geschafft wurde, enge Verbindungen in die Arbeiterklasse (auch zu den sozialdemokratisch beeinflussten Arbeitern) aufzubauen, sozialdemokratische Illusionen dort zurückzudrängen, sich in den verschiedenen alltäglichen Kämpfen als konsequente Kraft an der Seite

der Arbeiter zu beweisen, wird die Arbeiterklasse siegreich aus einer revolutionären Situation hervorgehen können. An diesen Einsichten orientiert sich [unser Kampf in den Gewerkschaften](#)⁵.

Die Lehren des Hamburger Aufstandes sind also heute noch sehr aktuell und bestätigen das Vorgehen der KO besonders in einer nicht-revolutionären Phase den subjektiven Faktor in Deutschland auf die revolutionäre Situation vorzubereiten, indem sie die nach Lenin erste Bedingung der siegreichen Revolution aufbaut: die Kommunistische Partei.

Quellen

Autorenkollektiv (1966). Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden. Dietz Verlag

Bayerlein, B. H.; Babicenko, L. G.; Frisov, F. I.; Vatlin, A. J. (2003). Deutscher Oktober 1923 - Ein Revolutionsplan und sein Scheitern. Aufbau-Verlag

Brandler, H. (1924). Rede. In: Die Lehrender deutschen Ereignisse. Das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zur deutschen Frage 7. Januar 1924. Verlag der Kommunistischen Internationale. Auslieferung: Verlag Carl Hoym

Dreetz, D.; Geßner, K.; Sperling, H. (1988). Kleine Militärgeschichte. Bewaffnete revolutionäre Kämpfe. Erster Band: Bewaffnete Kämpfe in Deutschland 1918-1923. Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik

EKKI (1921/1922). Die Proletarische Einheitsfront. Leitsätze über die Einheitsfront (Einstimmig angenommen vom EKKI am 28. Dezember 1921). In: Kommunistische Internationale 2/1922, 25. Flugschriften der Kommunistischen Internationale.

EKKI (1924). Lehren der deutschen Ereignisse. Resolution des E.K.K.I 19. Januar 1924. In: Die Lehrender deutschen Ereignisse. Das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zur deutschen Frage 7. Januar 1924. Verlag der Kommunistischen Internationale. Auslieferung: Verlag Carl Hoym

Habedank, H. (1958). Zur Geschichte des Hamburger Aufstandes 1923. Dietz Verlag

Möller, H.-K. (2023). Friedhof Ohlsdorf und Gefängnis Fuhlsbüttel. In: 100 Jahre Hamburger Aufstand. Rundbrief, Jahrgang 34. Willi-Bredel-Gesellschaft

⁵ <https://kommunistische.org/diskussion/wie-muessen-wir-kaempfen-sieben-thesen-zur-arbeit-in-den-dgb-gewerkschaften/>

Neuberg, A.; Kippenberger, H.; Tuchatschewski M. N.; Minh, H. C. (1971). Der bewaffnete Aufstand. Versuch einer theoretischen Darstellung. Basis Verlag

Thälmann, E. (1924/1976). Zum Bericht über die Tätigkeit der Exekutive der Kommunistischen Internationale und über die Weltlage. Rede auf dem V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale am 23. Juni 1924. In: Ausgewählte Reden und Schriften in zwei Bänden, Band 1. Verlag Marxistische Blätter

Thälmann, E. (1925/1976). Die Lehren des Hamburger Aufstandes. In: Ausgewählte Reden und Schriften in zwei Bänden, Band 1. Verlag Marxistische Blätter

Thalheimer, A. (1931). 1923: Eine verpasste Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923. Verlag M. Kuhlmann